Amt der Tiroler Landesregierung

**Abteilung Umweltschutz
Rechtliche Angelegenheiten**

Mag. Sandra Rinner

Telefon +43(0)512/508-3443

Fax +43(0)512/508-743455

umweltschutz@tirol.gv.at

DVR:0059463

UID: ATU36970505

https://portal.tirol.gv.at/ELAKWeb/repository/kisflow/tirolgvat/2017/1/3/3/13/20/b185ae780a0a80975cd62ee683f0b2ea_sid_YbvucjlUS965elBriEYSOP0_cid_38918_eid_U0295892.docx

**Land Tirol, Amt der Tiroler Landesregierung, Abteilungen Sport, Waldschutz, Verkehr und Straße
– Erholungsraumbeschilderung in Tirol;
FESTSTELLUNGSBESCHEID**

Geschäftszahl U-NSCH-11/24/

Innsbruck, 21.03.2017

BESCHEID

Mit Eingabe vom 21.07.2016, Zl. U-NSCH-11/24/35-2016, wurde vom Land Tirol, vertreten durch die Abteilungen Sport, Waldschutz sowie Verkehr und Straße des Amtes der Tiroler Landesregierung ein Antrag auf Erlassung eines Feststellungsbescheides gemäß § 15 Abs. 4 Tiroler Naturschutzgesetz 2005, LGBl. Nr. 26/2005, letztmalig geändert mit dem Gesetz LGBl. Nr. 87/2015 (in der Folge kurz: TNSchG 2005), gestellt.

Dem Antrag liegen folgende Anlagen 1 bis 8 bei, in welchen die dem Feststellungsantrag zugrundeliegenden Tafeln und Bodenmarkierungen dargestellt und beschrieben werden:

Anlage 1: Mountainbikestrecken, Singletrails, Bikeparks

Anlage 2: Überregionale Radwege – aktuelle und zukünftige Beschilderung

Anlage 3: Schi- und Snowboardtouren, Freeriderouten

Anlage 4: Organisierter Schiraum und Pistentouren

Anlage 5: Loipen und Langlaufrouen

Anlage 6: Laufen und Walken

Anlage 7: Bergwanderwege

Anlage 8: Seilbahnen und Bandförderer.

Ergänzende Ausführungen zum Projekt (Anlage 9 des Projektes):

Die **Anlage 2** wurde mit E-Mail vom 24.10.2016 dahingehend konkretisiert, dass die Mountainbikeschilder (Pkt. 3i.) als Kombinationsschilder für Radwanderwege und Mountainbikestrecken ausgestaltet werden, sofern diese übereinander liegen.

Grundsätzlich werden für die Erkennbarkeit gut sichtbare Standorte favorisiert. Eine zu hohe Dichte an Wegweisungstafeln wird vermieden. Die Tafeln werden so aufgestellt, dass keine Sichtbeeinträchtigung für Verkehrsteilnehmer entsteht. Zur Montage der Radwegbeschilderung wurde auf die Montagegrundsätze im [Beschilderungshandbuch](#) für [Radwanderwege](#) (www.tirol.gv.at/sport/radfahren/radwegmodell/beschilderung-wegweisung/) verwiesen.

Die **Anlage 3** wurde mit E-Mail vom 25.10.2016 dahin konkretisiert, dass die Schilder „Schutzgut Rothirsch“, „Schutzgut Objektschutzwald“, „Schutzgut Steinbock-Gams“ und „Schutzgut Birkhuhn-Auerhuhn“ ausschließlich gemeinsam mit den Richtungsschildern (Aufstieg oder Abfahrt) verwendet werden, um die Ausweichrichtung für Schifahrer und Snowboarder klarzustellen. Die Schilder der Anlage 3 werden nicht oberhalb der Waldgrenze angebracht.

Zur **Anlage 5** wurde mit Eingabe vom 28.10.2016 erläutert, dass die dort enthaltenen Tafeln an allen neuralgischen Punkten aufgestellt werden sollen. Die ÖNORM S 4615 schreibt für Langlaufloipen zwingend vor, jeden Kilometer eine Tafel aufzustellen. Zusätzlich erfolgt die Aufstellung an Abzweigungen oder Richtungsänderungen (dies gilt auch für die **Anlagen 3 und 6**).

Grundsätzlich soll die Beschilderung derart ausreichend sein, dass auch bei schlechter Sicht die Wegstrecke durch natürliche Gegebenheiten oder Beschilderungen problemlos gefunden werden kann. Danach richtet sich auch der Abstand der einzelnen Schilder, wobei eine möglichst sparsame Anzahl der Schilder angestrebt wird. Die Pistenrandkennzeichnungen (**Anlage 4**) sind je nach Gelände ca. alle 50 m anzubringen, die Anbringung der Gefahrenschilder wird generell durch die Verkehrssicherungspflicht vorgegeben.

Das Schild FIS-Verhaltensregeln für Schilangläufer (Anlage 5) wird entweder in die bestehenden Schilder integriert (Breite: 200 mm) oder separat im Einstiegsbereich mit einer max. Größe von 500 x 700 mm aufgestellt.

Zur **Anlage 6** wurde mit E-Mail vom 4.5.2016 ausgeführt, dass das dort dargestellte Beschilderungssystem für Lauf- und Nordic-Walking-Strecken der „Laufland Tirol Richtlinie“ (www.tirol.gv.at/sport/richtlinien-initiativen/laufen/) entspricht, welche wiederum der Richtlinie „Beschilderung von Lauf-, Berglauf- und Nordic Walking-Strecken“ des Österreichischen Instituts für Sportstättenbau (ÖISS), Stand 06/2006 entspricht. Die „Laufland Tirol Richtlinie“ sieht bei den auf dem Leitsystem aufgebrachten Piktogrammen einheitliche Farben vor, die den Schwierigkeitsgrad einer Strecke symbolisieren (blau, rot, schwarz).

Innerhalb einer Laufregion können die Laufstrecken eine individuelle „Farbcodierung“ erhalten, die dann auch über den Richtungspfeil oder als Hintergrundfarbe auf dem Leitsystem signalisiert wird.

Die Richtungswegweiser und Kombinationswegweiser werden an Weggabelungen, Kreuzungspunkten u.ä. aufgestellt, an denen eine Wegleitung für den Nutzer erforderlich ist. Distanztafeln werden grundsätzlich restriktiv aufgestellt; ausgenommen bei Tempolaufstrecken, werden sie im Abstand von mindestens einem Kilometer errichtet. Die Zusatztafeln werden, wo notwendig, in Kombination mit Richtungswegweisern angebracht.

Spruch:

Die Landesregierung als gemäß § 15 Abs. 4 TNSchG 2005 zuständige Behörde stellt fest, dass die Errichtung, Aufstellung, Anbringung und Änderung der in den Anlagen 1 bis 8 des signierten Projektes dargestellten und beschriebenen Tafeln und Bodenmarkierungen, nach Maßgabe der im Projekt beinhalteten Vorgaben für die Einrichtung der Beschilderungssysteme, bei Einhaltung nachstehender Bedingungen keine Beeinträchtigung der Interessen des Naturschutzes nach § 1 Abs. 1 TNSchG 2005 erwarten lässt:

1. Mit **Ausnahme der Beschilderungen für Ski- und Snowboardtouren (Anlage 3, Punkt 1)** werden die Beschilderungen ausschließlich im unmittelbaren Nahebereich der jeweiligen Infrastruktureinrichtungen errichtet, aufgestellt oder angebracht.
2. Sponsorenlogos werden nur in den im Projekt dafür vorgesehenen Feldern angebracht.
3. Soweit es die Sicherheitserfordernisse zulassen, werden im Bereich von Aussichtspunkten oder an landschaftlich sensiblen Stellen mit Abdeckung schöner Ausblicke keine Beschilderungen errichtet, aufgestellt oder angebracht; derartige Beschilderungen werden unmittelbar an oder vor Bäumen oder Felsen oder sonstigen, den unmittelbaren Hintergrund abschirmenden Gebilden angebracht.
4. Die Anzahl der Tafeln und Bodenmarkierungen wird auf das unbedingt notwendige Ausmaß reduziert.
5. Die Beschilderungen und Bodenmarkierungen des bestehenden und des neuen Radwegesystems der **Anlage 2** werden nur alternativ eingerichtet.
6. Die Beschilderungen der **Anlage 3** werden nur im Zeitraum vom **1.10. eines jeden Jahres bis einschließlich 31.5. des Folgejahres** eingerichtet.
7. Die Beschilderungen der **Anlage 4** werden frühestens **4 Wochen vor Beginn des Schibetriebes eingerichtet und spätestens 4 Wochen nach Ende des Schibetriebes** wieder entfernt.
8. Die Beschilderungen der **Anlage 5** werden frühestens **4 Wochen vor Inbetriebnahme der Loipe eingerichtet und spätestens 4 Wochen nach Ende des Loipenbetriebes** wieder entfernt.

Hinweis:

Unabhängig vom gegenständlichen Feststellungsbescheid sind die weiteren Bestimmungen des Tiroler Naturschutzgesetzes 2005, der auf Grundlage dieses Gesetzes erlassenen Verordnungen sowie anderer Materiengesetze zu beachten. Dies bedeutet beispielsweise, dass die Errichtung von Werbeeinrichtungen an Sonderstandorten, wie etwa Feuchtgebieten, einer gesonderten naturschutzrechtlichen Bewilligung bedarf.

RECHTSMITTELBELEHRUNG

Gegen diesen Bescheid kann Beschwerde an das Landesverwaltungsgericht erhoben werden. In der Beschwerde sind der angefochtene Bescheid und die Behörde, die ihn erlassen hat, zu bezeichnen. Sie hat ein Begehren zu enthalten und die Gründe, auf die sich die Behauptung der Rechtswidrigkeit stützt, darzulegen. Die Beschwerde ist binnen **vier Wochen** ab Erlassung des Bescheides bei der Tiroler Landesregierung schriftlich, mit Telefax, im Wege automationsunterstützter Datenübertragung oder in einer anderen technisch zulässigen Weise einzubringen. Sie hat die erforderlichen Angaben zur Beurteilung der Rechtzeitigkeit zu enthalten. Eine rechtzeitig eingebrachte und zulässige Beschwerde hat aufschiebende Wirkung.

In der Beschwerde kann die Durchführung einer mündlichen Verhandlung vor dem Landesverwaltungsgericht beantragt werden.

Hinweis zur Gebührenpflicht:

Die Beschwerde ist mit € 30,- zu vergebühren. Die Gebühr ist unter Angabe des Verwendungszweckes auf das Konto des Finanzamtes für Gebühren, Verkehrssteuern und Glücksspiel bei der BAWAG P.S.K. IBAN: AT83 0100 0000 0550 4109, BIC: BUNDATWW, zu entrichten. Bei elektronischer Überweisung der Beschwerdegebühr mittels „Finanzamtzahlung“ sind als Steuernummer/Abgabenkontonummer „109999102“, als Abgabenart „EEE-Beschwerdegebühr“ und als Zeitraum das Datum des Bescheides anzugeben. Der Zahlungsbeleg oder der Ausdruck über die erfolgte Erteilung einer Zahlungsanweisung ist der Beschwerde als Nachweis für die Entrichtung der Gebühr anzuschließen. Hinweis für Rechtsanwälte, Steuerberater und Wirtschaftsprüfer: Rechtsanwälte, Steuerberater und Wirtschaftsprüfer können die Entrichtung der Gebühr auch durch einen schriftlichen Beleg des spätestens zugleich mit der Eingabe weiterzuleitenden Überweisungsauftrages nachweisen, wenn sie darauf mit Datum und Unterschrift bestätigen, dass der Überweisungsauftrag unter einem unwiderruflich erteilt wird.

Begründung:

A) Verfahrensablauf/Sachverhalt:

Mit Eingabe vom 21.07.2015 wurde seitens des Landes Tirol, vertreten durch die Abteilungen Sport, Waldschutz sowie Verkehr und Straße ein Antrag auf Feststellung nach § 15 Abs. 4 Tiroler Naturschutzgesetz 2005 eingebracht, dass die Errichtung, Aufstellung, Anbringung und Änderung der in 8 Anlagen dargestellten und beschriebenen Beschilderungen/Bodenmarkierungen, bei Berücksichtigung der Vorgaben für die Einrichtung der Beschilderungssysteme keine Beeinträchtigung der Naturschutzinteressen erwarten lässt. Das Projekt wurde in weiterer Folge mehrfach konkretisiert (siehe oben).

Zum gegenständlichen Antrag wurde ein naturkundefachliches Gutachten eingeholt (Gutachten vom 07.12.2016, ZI. U-NSCH-11/24/36-2016).

Das Projekt sowie das naturkundefachliche Gutachten wurden in weiterer Folge zur Wahrung des Parteiengehörs dem Landesumweltanwalt sowie dem Antragsteller übermittelt.

Mit Schreiben vom 02.02.2017, Zl. LUA-0-1.2/14/1-2017, langte die Stellungnahme des Landesumweltanwaltes ein.

B) Entscheidungswesentliche Feststellungen:

Projektbeschreibung:

Das Land Tirol, vertreten durch die Abteilungen Sport, Waldschutz sowie Verkehr und Straße des Amtes der Tiroler Landesregierung, hat mit Eingabe vom 21.07.2016, Zl. U-NSCH-11/24/35-2016 beantragt, die Landesregierung möge hinsichtlich der in 8 Anlagen zum Projekt dargestellten Beschilderungen/Bodenmarkierungen eine Feststellung gemäß § 15 Abs. 4 TNSchG 2005 treffen.

Die dem Feststellungsantrag zu Grunde liegenden Beschilderungen/Bodenmarkierungen werden in die nachstehenden Anlagen 1 bis 8 unterteilt:

Anlage 1: Mountainbikestrecken, Singletrails, Bikeparks

Anlage 2: Überregionale Radwege – aktuelle und zukünftige Beschilderung

Anlage 3: Schi- und Snowboardtouren, Freeriderouten

Anlage 4: Organisierter Schiraum und Pistentouren

Anlage 5: Loipen und Langlaufrouen

Anlage 6: Laufen und Walken

Anlage 7: Bergwanderwege

Anlage 8: Seilbahnen und Bandförderer.

In den Anlagen werden die jeweiligen Tafeln, Aufschriften und Bodenmarkierungen exemplarisch dargestellt und hinsichtlich Größe, Schrift, Farbgestaltung und allenfalls Aufstellungszeitraum bzw. –ort ausführlich beschrieben. Die dargestellten Beschilderungssysteme sind weder selbstleuchtend noch werden sie beleuchtet. Die Grenze für die Oberkante sämtlicher Tafeln ist mit 3 m festgelegt.

In der **Anlage 9** sind sämtliche Projektkonkretisierungen zusammengefasst.

C) Beweiswürdigung:

Die allgemeinen Feststellungen ergeben sich aus den Angaben in den Anlagen zum Feststellungsantrag sowie aus den entsprechenden Konkretisierungen zum Projekt. Die ergänzenden Feststellungen ergeben sich aus der Stellungnahme des beigezogenen Amtssachverständigen. Die Stellungnahme wurde von einem Amtssachverständigen erstattet, welcher auf Grund seiner Ausbildung und beruflichen Tätigkeit zweifelsfrei über jene Kenntnisse, die ihm eine richtige und vollständige Beurteilung des Sachverhaltes ermöglichen, verfügt. Die Ausführungen sind schlüssig und nachvollziehbar.

Die entscheidende Behörde ist deshalb den Ausführungen des naturkundefachlichen Amtssachverständigen gefolgt.

D) Rechtliche Beurteilung:

Im Zuge der Novellierung des Tiroler Naturschutzgesetzes 2005 mit LGBl. Nr. 14/2015, wurde im **§ 15 Abs. 4 leg. cit.** eine Ermächtigung für die Landesregierung normiert, auf Antrag des Bundes oder eines Landes mit Bescheid festzustellen, ob und unter welchen Bedingungen die Errichtung, Aufstellung, Anbringung und Änderung von Tafeln, Aufschriften und dergleichen, die landesweit für die Kennzeichnung, Markierung oder Klassifizierung von Straßen, Wegen, Schipisten, Loipen und dergleichen vorgesehen sind, eine Beeinträchtigung der Interessen des Naturschutzes nach § 1 Abs. 1 nicht erwarten lässt. Dabei sind insbesondere die Materialbeschaffenheit, Größe, Form, Farbe, Lichtwirkung und Schriftart der betreffenden Einrichtungen zu berücksichtigen.

Gem. **§ 15 Abs. 2 lit. f TNSchG 2005** bedarf die Errichtung, Aufstellung, Anbringung oder Änderung von Werbeeinrichtungen, die aufgrund eines Bescheides nach Abs. 4 und nach Maßgabe der darin allenfalls vorgesehenen Bedingungen eine Beeinträchtigung der Interessen des Naturschutzes nach § 1 Abs. 1 nicht erwarten lassen, keiner naturschutzrechtlichen Bewilligung.

Mit **§ 15 Abs. 4 TNSchG 2005** wurde eine Art „Typengenehmigungsverfahren“ für Tafeln, Aufschriften und dergleichen zur landesweit einheitlichen Kennzeichnung bestimmter Infrastruktureinrichtungen eingerichtet. Antragsgegenstand können dabei nur primär der Allgemeinheit dienende, nicht hingegen vorwiegend Einzelinteressen dienende Werbeeinrichtungen sein.

Der gegenständliche Feststellungsantrag wurde vom Land Tirol (Abteilungen Sport, Waldschutz sowie Verkehr und Straße) eingebracht. Die diesem Antrag zu Grunde liegenden Beschilderungen betreffen Mountainbikestrecken, Singletrails sowie Bikeparks (**Anlage 1**), Überregionale Radwege (**Anlage 2**), Schi- und Snowboardtouren sowie Freeriderouten (**Anlage 3**), Beschilderungen für den organisierten Schiraum- und Pistentouren (**Anlage 4**), Beschilderungen für Loipen und Langlauftrouten (**Anlage 5**), Beschilderungen für Lauf- und Walkingstrecken (**Anlage 6**), Beschilderungen für Bergwanderwege/Winterwanderwege (**Anlage 7**) sowie Beschilderungen für Seilbahnen und Bandförderer (**Anlage 8**). Diese, zu beschildernden Einrichtungen entsprechen allesamt der Aufzählung in § 15 Abs. 4 TNSchG 2005.

Sämtliche aufgezählte Infrastruktureinrichtungen sind für die Benützung durch die Allgemeinheit bestimmt, die landesweit einheitliche Kennzeichnung, Markierung und Klassifizierung dieser Einrichtungen liegt dementsprechend im Allgemeininteresse.

Die dem gegenständlichen Feststellungsantrag zu Grunde liegenden Beschilderungen bzw. die bezogenen Infrastruktureinrichtungen entsprechen damit zusammenfassend vollständig den Vorgaben des § 15 Abs. 4 TNSchG 2005.

Für die Beurteilung, ob durch die projektgegenständlichen Beschilderungen Beeinträchtigungen der Interessen des Naturschutzes nach § 1 Abs. 1 TNSchG 2005 zu erwarten sind, wurde ein naturkundefachliches Gutachten eingeholt.

Aus diesem ergibt sich zusammengefasst, dass die Tafeln überwiegend kleinflächig und grundsätzlich unauffällig in der Gestaltung sind. Darüber hinaus stehen die Tafeln überwiegend im unmittelbaren Zusammenhang mit technischen Infrastrukturen bzw. Bereichen anthropogener Veränderungen, sodass die damit zusammenhängenden Wege und Einrichtungen in der landschaftlichen Wirkung bei weitem die der einzelnen Tafeln übersteigen.

In Bezug auf die Beschilderungen von Schitouren bzw. Freeriderouten wurde vom naturkundefachlichen Amtssachverständigen festgestellt, dass diese, zumal sie lediglich unterhalb der Waldgrenze und lediglich während der Wintersaison aufgestellt werden, keine nennenswerten Beeinträchtigungen bewirken. Als positiv wurde vom naturkundefachlichen Amtssachverständigen beurteilt, dass mit den projektgegenständlichen Beschilderungssystemen eine landesweite Vereinheitlichung der Infrastrukturbeschilderungen forciert wird, sodass die gegenwärtig unüberschaubare Varianz an Farben und Tafelgrößen langfristig verschwinden wird.

Zusammenfassend wurde vom naturkundefachlichen Amtssachverständigen festgestellt, dass bei Einhaltung der vorgeschlagenen Bedingungen keine über das jeweilige Maß der damit in Zusammenhang stehenden Infrastrukturen und anthropogenen Veränderungen bzw. Geländeinanspruchnahmen (Parkplätze, Straßen, Wege, Schipisten, etc.) hinausgehende Beeinträchtigungen der Vielfalt, Eigenart und Schönheit der Landschaft verursacht werden.

Die vom Sachverständigen vorgeschlagenen Bedingungen wurden teilweise zusammengefasst in den Spruch des gegenständlichen Bescheides mitaufgenommen. Die im Gutachten vorgeschlagene Bedingung „die saisonal aufzustellenden und dann wieder abzutragenden Tafeln sind immer an derselben Stelle aufzustellen“ wurde mangels Umsetzbarkeit nicht übernommen. Auf Grund der im Spruch angeführten Nebenbestimmungen 2, 4 und 5 kann auf die Vorschreibung der vorangeführte Bedingung laut Auskunft des Sachverständigen verzichtet werden; eine Änderung der Feststellungen im Gutachten ergibt sich dadurch nicht.

In Ergänzung der vom naturkundefachlichen Amtssachverständigen formulierten Vorschreibungen wurden weitere Bedingungen formuliert, deren Einhaltung erforderlich ist, um mit der Einrichtung der Beschilderungssysteme möglicherweise verbundene Beeinträchtigungen der Naturschutzinteressen nach § 1 Abs. 1 TNSchG 2005 weitgehend auszuschließen.

Von besonderer Bedeutung ist in diesem Zusammenhang die **Bedingung Nr. 5**, mit der die notwendige Reduktion der Beschilderungen auf das *unbedingt erforderliche Ausmaß* vorgeschrieben wird. Damit wird sichergestellt, dass Beschilderungen, die in ihrer Ausgestaltung für sich zwar unbedenklich sind, die bei entsprechend hoher Schilderdichte jedoch zu einer Beeinträchtigung für das Landschaftsbild führen würden, auf ein mit den Interessen des Naturschutzes zu vereinbarendes Ausmaß reduziert bleiben.

Seitens des Landesumweltanwaltes wurde festgestellt, dass durch die geplante einheitliche Beschilderung keine zusätzlichen Beeinträchtigung für das Schutzgut Landschaftsbild erwartet werden; dies

insbesondere auf Grund des langfristig erwarteten reduzierten „Schilderwildwuchses“ sowie auf Grund der mit der Lenkung der Nutzer der Infrastruktur verbundenen positiven Effekte für die Umwelt.

Die Errichtung, Aufstellung, Anbringung und Änderung der in den umfangreichen und detaillierten Projektunterlagen (inklusive der nachfolgenden Projektkonkretisierungen) dargestellten und beschriebenen Tafeln und Bodenmarkierungen lässt bei Einhaltung der im Spruch vorgeschriebenen Bedingungen, Beeinträchtigungen der Interessen des Naturschutzes nach § 1 Abs. 1 TNSchG 2005, nicht erwarten.

Insgesamt war daher spruchgemäß zu entscheiden.

Ergeht an:

1. das Land Tirol, Abteilung Sport, Eduard-Wallnöfer-Platz 3, 6020 Innsbruck, samt signiertem Projekt;
2. das Land Tirol, Abt. Waldschutz, Bürgerstraße 36, 6020 Innsbruck, samt signiertem Projekt;
3. das Land Tirol, Abt. Verkehr und Straße, Herrengasse 1, 6020 Innsbruck, samt signiertem Projekt;
4. den Landesumweltanwalt von Tirol, Meraner Straße 5, 6020 Innsbruck.

Ergeht abschriftlich an:

das Referat Naturkunde, zH Herrn Dr. Lentner und Mag. Sturm, im Hause;

Für die Landesregierung:

Mag. Rinner

4.